

## Antrag zum Einsatz priv. Kraftfahrzeuge – Inklusion

Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen der Inklusion an einer Regelschule inklusiv beschult werden, gelten als Regelschüler und nicht mehr als Schülerinnen und Schüler eines sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums. Für die Schülerbeförderungskosten bedeutet dies:

- Die notwendigen Schülerbeförderungskosten können erstattet werden, wenn die Mindestentfernung nach § 3 der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten (SBKS) von 3 km überschritten wird.
- Wenn die Mindestentfernung überschritten ist, werden die Beförderungskosten nach § 8 Abs. 1 SBKS grundsätzlich nur dann erstattet, wenn öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden.
- Ist trotz zumutbarer öffentlicher Verkehrsmittel eine Sonderbeförderung (Privatbeförderung) notwendig, muss dies durch ein amtsärztliches Zeugnis nachgewiesen werden. Diesen Antrag stellt der Schulträger der Regelschule.

Dieser Vordruck ist auszufüllen, wenn

- die Erstattungsvoraussetzungen nach Teil A der SBKS erfüllt sind und
- eine Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Die Punkte 1 bis 7 sind von den Eltern auszufüllen und beim Schulträger (Gemeinde/Stadt) der Regelschule abzugeben.

<b>1</b>	<b>Angaben zum Schüler:</b>	
	<b>Name des Schülers:</b>	
	<b>Anschrift des Schülers:</b>	
	<b>Schulort (Regelschule):</b>	
	<b>Regelschule:</b>	<b>Klasse:</b>

<b>2</b>	<b>Mindestentfernung:</b>
	<p>Wird die Mindestentfernung nach § 3 SBKS überschritten <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>Begründung, falls trotz Unterschreitung der Mindestentfernung der Einsatz privater Kraftfahrzeuge notwendig ist: _____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>

<b>3</b>	<b>Beförderung im Privat-Pkw:</b>
	<p>Wir beantragen eine Privatbeförderung zwischen _____ und _____.</p> <p>Die kürzeste öffentliche Wegstrecke beträgt (einfach) _____ km. Soweit möglich und zumutbar sind Fahrgemeinschaften zu bilden, um eine kostengünstigere Beförderung zu erreichen.</p> <p>Eine gemeinsame Beförderung mit anderen Schülern (auch von anderen Schulen) ist nicht möglich, weil _____ _____ _____ _____</p>

<b>4</b>	<b>Schulwegebegleitung:</b>
	<p>Wird eine Begleitung auf dem Schulweg benötigt <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Begründung: _____ _____ _____</p> <p>Wird eine <u>Schulwegebegleitung</u> für die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) benötigt <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein und kann diese Person den ÖPNV unentgeltlich nutzen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Die Notwendigkeit einer Schulwegebegleitung ist durch ein amtsärztliches Zeugnis nachzuweisen.</p>

<b>5</b>	<b>Wurde BAföG beantragt?</b>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
----------	-------------------------------	---

<b>6</b>	<b>Beginn der Beförderung:</b>	_____
----------	--------------------------------	-------

<b>7</b>	<b>Mit diesem Antrag wird auch der Antrag auf Erlass vom Eigenanteil nach § 7 SBKS gestellt.</b>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
----------	--	---

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Mit einer Anfrage bei der zuständigen BAföG-Stelle bin ich einverstanden.

- Diesem Antrag ist der Feststellungsbescheid „Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot“ vom staatlichen Schulamt beigelegt.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift eines Sorgeberechtigten

Bestätigung durch den Schulträger der Regelschule oder durch das Schulsekretariat, wenn eine kreiseigene Schule besucht wird (Nr. 8 bis 12)

<b>8</b>	<b>Höchstbetrag:</b>
	Wird der Höchstbetrag nach § 14 Abs. 1 c) SBSK überschritten? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

<b>9</b>	<b>Antragsdatum:</b>
	Der Antrag wurde am _____ beim Schulträger oder Sekretariat abgegeben.

<b>10</b>	<b>Eigenanteil:</b>
	Wir befürworten den Antrag der Eltern, den Eigenanteil zu erlassen, da die Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 SBKS vorliegen: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

<b>11</b>	<b>Schülermonatskarten:</b>
	Wurden Schülermonatskarten ausgehändigt? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, geben Sie bitte die SchülermonatskartenNr. (SMK-Nr.) an _____

<b>12</b>	<b>Antragsfristen:</b>
	Auf Grund der Antragsfristen nach § 7 Abs. 3 und § 18 SBKS wird die Beförderung ab _____ beantragt.

Wir versichern, dass die vorstehenden Angaben richtig sind.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Siegel)

**Anlagen:**

- Aktueller Stundenplan
- Aufstellung, an welchen Tagen zu welcher Uhrzeit eine Privatbeförderung benötigt wird (mit Angaben der Fahrstrecke)
- Amtsärztliches Zeugnis
- Feststellungsbescheid des staatlichen Schulamtes
- Routenplaner (beim Erstantrag)

## **Informationen zur Datenverarbeitung gem. Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis, Fachdienst Verkehr und Mobilität, hat zur Erfüllung seiner Aufgaben im Bereich der Schülerbeförderung Ihre personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Bei der Erhebung und sonstigen Verarbeitung ist uns die Einhaltung der Anforderungen an die Sicherheit Ihrer Daten in höchstem Maße wichtig. Mit den folgenden Hinweisen möchten wir Sie daher über die wesentlichen Gegebenheiten rund um die Erhebung Ihrer Daten durch das Landratsamt Alb-Donau-Kreis in Kenntnis setzen.

### **1. Verantwortliche Stelle im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Landratsamt Alb-Donau-Kreis

*Fachdienst Verkehr und Mobilität*

Schillerstraße 30

89077 Ulm

E-Mail: [schuelerbefoerderung@alb-donau-kreis.de](mailto:schuelerbefoerderung@alb-donau-kreis.de)

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie wird vertreten durch den Landrat.

### **2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten**

Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Datenschutzbeauftragter

Schillerstraße 30

89077 Ulm

E-Mail: [Datenschutz@alb-donau-kreis.de](mailto:Datenschutz@alb-donau-kreis.de)

### **3. Verarbeitete personenbezogene Daten**

Mit dem beigefügten Formular werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen erhoben und verarbeitet:

*Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Bankdaten, Beeinträchtigung, Schulort, Schule, Klasse*

### **4. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf Grund Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 4 LDSG und zwar zur Abwicklung Ihres Antrages auf:

- Einsatz privater Kraftfahrzeuge
- Einsatz privater Kraftfahrzeuge im Rahmen der Inklusion
- Einsatz einer Schulwegebegleitung im Rahmen der Inklusion
- Erlass vom Eigenanteil im Rahmen der Inklusion
- Einzelantrag des Schülers über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten

Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist erforderlich *zur Bearbeitung ihres Anliegens*.

### **5. Verarbeitung, Weitergabe personenbezogener Daten**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur zu den in dieser Datenschutzerklärung genannten Zwecken. Eine Weitergabe Ihrer persönlichen Daten zu anderen als den genannten Zwecken findet nicht statt.

Wir geben Ihre persönlichen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- Sie Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu erteilt haben,
- die Verarbeitung zur Abwicklung eines Vertrags mit Ihnen erforderlich ist,
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist,
- die Verarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass Sie ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe Ihrer Daten haben.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge der regelmäßigen Bearbeitung an folgende Empfänger weitergegeben: Gemeinden, Schulträger, Schulen, Staatliches Schulamt, Beförderungsunternehmen, Fachdienst Soziale Sicherung (41), Verkehrsverbund

## **6. Dauer der Datenspeicherung und Löschung**

Die erhobenen Daten werden gemäß des KGST-Berichts mit einer gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von 10 *Jahren* gespeichert.

## **7. Ihre Betroffenenrechte**

Unter den angegebenen Kontaktdaten können betroffene Personen hinsichtlich ihrer personenbezogenen Daten jederzeit die folgenden Rechte ausüben:

- Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO),
- Löschung (Art. 17 DSGVO),
- Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 18 DSGVO),
- Datenübertragbarkeit (nur bei Einwilligung oder Vertrag; Art. 20 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Die Ausübung der Betroffenenrechte kann ggf. durch spezialgesetzliche Regelungen eingeschränkt sein.

Sofern Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten rechtswidrig erfolgt, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel.: 0711/615541-0, E-Mail: [poststelle@lfdi.bwl.de](mailto:poststelle@lfdi.bwl.de) wenden.

## **8. Erforderlichkeit zur Bereitstellung der Daten**

**Sie sind dazu verpflichtet**, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus Punkt 4 dieser Datenschutzerklärung (Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung). Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

## **9. Kontakt**

Wenn Sie per E-Mail mit uns Kontakt aufnehmen, nutzen wir im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO die mitgeteilte E-Mail-Adresse zur Zuordnung der Anfrage und der anschließenden Beantwortung.